

RATING Laut Alexander Dill vom Basler Institut für Gemeingüter und Wirtschaftsforschung verdient Österreich kein AAA

„Schuld an der Verschuldung der Staaten ist die Bevölkerung“

Der Wirtschaftsforscher Alexander Dill spricht über die nicht ernst zu nehmenden Rating-Agenturen, das „Subprime“-Konstrukt EFSF und die Aufpolierung von Staatsbilanzen.

WirtschaftsBlatt: Herr Dill, sie haben einen Rating-Ansatz entwickelt, bei dem Österreich, Deutschland und die USA nicht gut wegkommen. Irren sich die Anleger, wenn sie diese Länder als sicher einstufen?

Alexander Dill: Ja, absolut. Denn wir bewerten die USA nur mit einem CCC-Rating, quasi auf einer Stufe mit Griechenland. Österreich und Deutschland stehen mit BBB+ auch nicht gut da.

Warum ist das der Fall?

Wir berücksichtigen das Sozialkapital – die Bereitschaft der Regierung, Wirtschaft und der Bevölkerung zum Schuldenabbau und zur Akzeptanz nötiger Einschränkungen.

Dass in Österreich der Sparwille begrenzt ist, ist bekannt.

Die Mahnung zum Sparen ist aber auch der falsche Weg – außer vielleicht bei Extrepensionen von 16.000 €. Aber man kann die Staatsausgaben nicht um 50 Prozent senken. Aber der Bürger, der über ein Nettovermögen von 100.000 € verfügt, müsste sich solidarisch erklären. Das tut er nicht.

Kein Wunder, wenn man die hohe Steuerbelastung bedenkt.

Ich würde den Begriff Steuer auch völlig rausnehmen. Auch eine Reichen- oder Finanztransaktionssteuer sind nur Augenauswischerei. Es geht um eine Entschuldung durch Lastenausgleich, nicht durch höhere Steuern.

Wie soll das genau aussehen?

Etwa wie es Deutschland 1952 gemacht hat. 50 Prozent des Immobilienvermögens wurden in eine Zwangshypothek umgewandelt, die verteilt auf 30 Jahre abgetragen wurde. Das ist Umschuldung und sorgt für großen Spielraum bei den Staatsfinanzen, weil die Zinslast von fast acht Milliarden € jährlich wegfallen würde.

Weil wir dazu nicht bereit sind, bekommen wir nur das BBB+?

Ja, das ist der Hauptgrund. Schuld an der Verschuldung der Staaten ist die Bevölkerung, die zu einem guten Teil vom Wertzuwachs der Immobilien profitiert hat, aber nicht solidarisch ist.

Dass niemand freiwillig die Hälfte des Eigenheimwertes an den Staat überweist, ist jetzt auch kein Wunder. Da braucht es doch die Politik?

Die Regierung kann das aber nur mit breiter parlamentarischer Unterstützung durchsetzen. Wir rufen laut „Banken“ oder „Politiker“, wenn es um die Schuldfrage geht. Tatsache ist aber: Wir müssen uns entschulden, wir müssen es nur tun. Da sind die Slowenen anders, die haben den Willen – von den Schweizern gar nicht zu reden. Allerdings hätte vor Kurzem auch keiner gedacht, dass die Atomkraft aus den Köpfen wegzudenken ist.

Sie glauben an ein Umdenken?

Ja, ich denke bei der SPÖ oder den Grünen ist die Bereitschaft da. Zumal die österreichischen Staatsschulden ja nicht einmal den Österreichern gehören. 80 Prozent sind in ausländischen Händen, womit Österreich extrem abhängig von den internationalen Kapitalmärkten ist.

Und die Finanzkrise 2008 ist ja immer noch nicht vorbei.

Allerdings. Das sieht man an der EFSF, die ist gestaltet wie ein CDO (Collateralized

Debt Obligation, Anm.) Im Verlustfall haften zuerst Griechenland & Co., und dann geht es nach oben bis zu den AAA-Staaten. Das ist wie bei den US-Subprimes, wo New Yorker Immos, die auch in der Krise toll gelaufen sind, mit Immo-Krediten aus Detroit zusammengepackt werden und dann ein AAA bekommen. Das ist absurd.

Womit auch die EFSF das AAA nicht verdient?

Die verdient allenfalls ein BB+.

Wie würden Sie die EFSF ausgestalten?

So ähnlich wie den Lastenausgleich. Man muss die 17 Eurostaaten als Gemeinschaft sehen, die mit den Bürgern die Schulden finanziert. Nur so wird die gesamte Eurozone berührt. Die Hälfte aller Staatsschulden wird mittels Zwangsanleihe der

Bevölkerung aufgebracht, die andere über einen Mega-Kredit des EFSF.

So ähnlich wie Eurobonds?

Das wäre ein großer Eurobond, hinter dem 30 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung stünden. Da könnte es sein, dass der Euro dann stärker wird. Das würde Deutschland zwar nicht gerne sehen, dafür würden Importe von Erdgas oder Erdöl günstiger.

Wieso haben Kommission und Rat solche Ideen nicht?

Solche Vorschläge kommen bei den Politikern gar nicht erst an, weil EFSF-Chef Klaus Regling von Ökonomen beraten wird, die ja noch immer glauben, dass das BIP mit den Schulden in Verbindung gebracht werden kann. Dabei ist es keine Einnahme, ich kann nur die Steuereinnahmen den Schulden gegenüberstellen – der Rest ist Bilanzfälschung.



„Die USA verfügen lediglich über ein Rating von CCC, quasi so wie Griechenland. Indes könnte es sein, dass wir China mit AAA bewerten“

„Ich habe dem griechischen Premier persönlich dazu geraten, den Willen der Griechen zur Tilgung mit einzubeziehen“

Aber je stärker das BIP, umso eher sind Schulden doch nachhaltig finanzierbar?

Die USA unterhalten eine verrückte Armee für eine Billion \$ und steigern so ihr BIP. Das sind Opportunitätskosten – diese im BIP zu inkludieren geht überhaupt nicht.

Was halten Sie von einer europäischen Rating-Agentur als Gegengewicht zu den mächtigen US-Agenturen?

So ein Vorschlag kann nur aus den korruptesten Kreisen Europas kommen. Diese Agentur verfolgt dann dieselben Interessen der Finanzwelt wie die EFSF. Das kann nicht sein – auch wenn die Amerikaner nicht mehr ernst zu nehmen sind. Aber da braucht es Rating-Agenturen mit neuen Ansätzen wie China's Dagong.

Warum sollte Dagong die USA objektiver benoten als S&P?

Auf die US-Rating-Agenturen wird massiv politischer Druck ausgeübt. Die USA können es sich nicht leisten, heruntergestuft zu werden. Dagong berücksichtigt wie wir das Sozialkapital und sieht sich nicht nur das Verhältnis von Staatsschulden zu BIP an.

Wenn Sie den USA ein CCC geben, was bekommt China?

Es könnte sein, dass wir China mit AAA bewerten, denn dort ist das Sozialkapital – wie in allen asiatischen Ländern – extrem hoch.

Was halten Sie von Griechenlands Premier, der bis gestern eine Volksabstimmung zum Hilfspaket durchführen wollte?

Das ist toll, ich habe Papanou persönlich geraten, den Willen der Bevölkerung zur Tilgung mit einzubeziehen.

Heißt das, wir haben das Schlamassel Ihnen zu verdanken?

Nein, nicht ausschließlich. Aber die Überlegung ist genial. Denn wenn die Griechen die Auflagen erfüllen wollen, werden sie für 100 Jahre Sklaven der Zinszahlungen an die Banken sein. Wenn sie aber Nein sagen, kommt es zum Bankrott, sie führen die Drachme wieder ein und enden als agrarisches Mittelland, wie Rumänien oder Bulgarien.

ASTRID SCHUCH
astrid.schuch@wirtschaftsblatt.at



ZUR PERSON

Alexander Dill
Leiter des Basel Institute of Commons and Economics

Der 1959 geborene Philosoph und Soziologe Alexander Dill schuf 2006 mit dem Portal www.whatiseconomy.com eine Plattform für alternative Wirtschaftsforschung, auf der 2007 vor der Finanzkrise gewarnt wurde. Im Juli 2009 gründete er das Basel Institute of Commons and Economics. Er ist als Mitaktionär Vorstand und Präsident des Verwaltungsrates.

Anlagebereich:

Von bester Qualität und geringem Ausfallrisiko bis zur spekulativen Anlage mit hoher Gefahr des Zahlungsverzugs

AAA+, AA+, AA, AA-, A+ bis A-, BBB+ bis BBB-, BB+ bis BB-, B+ bis B-, CCC, CC, C

LÄNDERRATING

Land	S&P	Basel
Deutschland	AAA	BBB+
USA	AA+	CCC
Frankreich	AAA	BB+
Griechenland	CC	CC
Irland	BBB+	A+
Italien	A	BB-
Österreich	AAA	BBB+
Portugal	BBB-	B
Spanien	AA-	BBB
EFESF	AAA	BB+

WirtschaftsBlatt Grafik/Cmund, Quelle: Baseler Institut für Gemeingüter und Wirtschaftsforschung, S&P, boerse.ARD.de